

mandatsmeldung.



**FEB
2022**

INHALTE

Krieg in Europa.

Michael Frieser, S. 1

Inflation gefährdet Arbeitsplätze

Sebastian Brehm, S. 2

Krieg gegen Freiheit & Demokratie

Tobias Winkler, S. 2

Resolution gegen Holocaust-Leugnung

Karl Freller, S. 3

In der Heimat des Bleistifts

Barbara Regitz, S. 3

Alternative Antriebe: Bayern ist Spitze

Jochen Kohler, S. 4

Erfolg: Förderung des Breitbandausbaus

Hans Herold, S. 4

60 Mio. Euro für besondere Akzente

Petra Guttenberger, S. 5



KRIEG IN EUROPA.

Liebe Mitglieder,
liebe Freunde,

nachdem Wladimir Putin im russischen Staatsfernsehen Anfang der Woche eine Stunde lang Einblick in sein krudes, revisionistisches Geschichtsbild gewährt hat und die selbsternannten "Volksrepubliken" Donezk und Luhansk anerkannt hat, erleben wir seit gestern einen russischen Angriff, der die ganze Ukraine in einen Krieg stürzt. Unsere uneingeschränkte Solidarität gilt den 44 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainern, die unter Putins zynischer Verachtung des Völkerrechts leiden müssen. Der Westen muss jetzt mit aller Geschlossenheit und Entschiedenheit gegen den russischen Aggressor vorgehen. Schärfere Sanktionen zurückzuhalten macht angesichts der bereits eingetretenen Eskalationsstufe keinen Sinn mehr.

Gleichzeitig müssen wir uns als EU und Deutschland vor dem Hintergrund der letzten Tage und der unzähligen Lügen Putins und seiner Marionetten selbstkritisch fragen, ob wir im Umgang mit Russland zu naiv waren. Bedingungslose Gesprächsbereitschaft definiert für sich genommen noch keine außenpolitische Strategie. Die ehemalige Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer hat meines Erachtens Recht, als sie gestern feststellt hat: "Wir haben die Lehre von Schmidt und Kohl vergessen, dass Verhandlungen immer den Vorrang haben, aber man militärisch so stark sein muss, dass Nichtverhandeln für die andere Seite keine Option ist." Das Selbstverständnis der Europäischen Union als ziviles Friedensprojekt ist richtig und wichtig, darf aber nicht dazu führen, dass wir die tatsächliche Möglichkeit eines Krieges ausblenden und uns nicht entsprechend vorbereiten. Die Zäsur des Jahres 2022 muss auch bedeuten, dass wir den Forderungen unserer Partner, Deutschland müsse seine außen-/sicherheitspolitische Rolle seiner ökonomischen Stärke entsprechen ausfüllen, nachkommen.

Zu den Auswirkungen der Russlandkrise findet am heutigen Freitag um 17 Uhr ein CSU Live mit hochkarätigen Gästen aus Wissenschaft und Politik statt. [Hier](#) gehts zum Stream.

Herzliche Grüße

Euer Michael Frieser

Bezirksvorsitzender & MdB Nürnberg-Süd/Schwabach



"Wenn der Staat nicht gegensteuert, sondern nur abkassiert, gefährdet er die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft."

INFLATION: TATENLOSIGKEIT DER AMPEL BEDROHT WIRTSCHAFT UND ARBEITSPLÄTZE

Die Preise für Energie und Kraftstoffe sind auf einem Allzeit-Hoch. Die rot-gelb-grüne Regierung hat leider noch nicht mit den notwendigen Maßnahmen darauf reagiert. Viele Unternehmen aber auch viele Familien leiden jetzt schon unter den hohen Kosten. Gleichzeitig profitiert die Bundesregierung von den hohen Preisen und durch höhere Steuereinnahmen. Diese Mehreinnahmen des Staates müssen angesichts der explodierenden Energiepreise an die Bürger zurückgegeben werden, damit Reallöhne und Einnahmen nicht weiter sinken. Angesichts dieser anhaltend hohen Inflation und der Reallohnverluste fordere ich die Ampelkoalition zu einem raschen Handeln auf. Weitere Tatenlosigkeit wird schwere Rückwirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsplätze haben. Wir brauchen eine umgehende Anhebung des steuerfreien Existenzminimums sowie eine Anhebung des oberen Eckwertes des Einkommensteuertarifs. Gleichzeitig muss es auch für die Pendler, die auf den eigenen PKW angewiesen sind, eine Entlastung geben. Daher fordere ich die Regierung dazu auf, die Entfernungspauschale deutlich zu erhöhen. Wenn die Ampelkoalition jetzt nicht handelt, provoziert sie harte Tarifauseinandersetzungen mit den Gewerkschaften und hohe Tarifabschlüsse. Dann droht eine gefährliche Lohn-Preis-Spirale. Wenn der Staat hier nicht gegensteuert, sondern nur abkassiert, gefährdet er am Ende die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und damit Arbeitsplätze.

Sebastian Brehm
MdB Nürnberg-Nord

[Website](#)



„Durch die Ukraine verläuft jetzt die Frontlinie zwischen autoritärer Welt und freiheitlicher Demokratie.“



Tobias Winkler
MdB Fürth

[Website](#)



KRIEG GEGEN FREIHEIT & DEMOKRATIE

Russland hat die Ukraine angegriffen und damit einen Krieg in Europa begonnen. Der russische Präsident Wladimir Putin hat die gesamte Ukraine von mehreren Seiten unter schweren Beschuss genommen. Dafür gibt es keine Rechtfertigung. Jetzt verläuft durch die Ukraine die Frontlinie zwischen autoritärer Welt und freiheitlicher Demokratie. Die Ukrainer stehen unfreiwillig, aber mutig an der Front. Sie zu unterstützen ist unsere Pflicht! Wir riskieren durch die Sanktionen einen Teil unserer Wirtschaftskraft, die Ukrainer – Soldaten wie Zivilbevölkerung – riskieren, auch für uns, ihr Leben! Solidarität mit der Ukraine heißt nun konkret: Sanktionen gegen Russland drastisch verschärfen, umfassende und schnelle Wirtschaftshilfen für die Ukraine, humanitäre Hilfe und Unterstützung bei der Versorgung von Kriegsflüchtlingen, Unterstützung des ukrainischen Militärs durch Waffenlieferungen, Transport- und Kommunikations-Infrastruktur. Putins Krieg gegen die Ukraine ist durch nichts zu rechtfertigen. Er stellt einen Angriff auf die europäische Friedensordnung und das Völkerrecht dar und bedroht damit auch unsere Demokratie und unsere Freiheit. Auch Millionen von Menschen in Russland leiden unter diesem Krieg gegen ihre ukrainischen Nachbarn. Dem russischen Präsidenten und seinem Umfeld aus Milliardären, die sich seit Jahrzehnten das Land und die Menschen zur Beute machen, muss entschieden entgegen getreten werden. Wir stehen an der Seite aller Menschen, die nach Frieden, Freiheit und Demokratie streben.

"Die UN-Resolution bringt Klarheit in einer Zeit, in der Antisemitismus erstarkt."

Karl Freller
MdL Nürnberg-Süd

[Website](#)



UNO-RESOLUTION GEGEN HOLOCAUST-LEUGNUNG

Die Stiftung Bayerische Gedenkstätten befürwortet die von der UNO verabschiedete Resolution gegen die Leugnung des Holocausts vollumfänglich. Das ist eine klare Botschaft zum richtigen Zeitpunkt, die ich als Stiftungsdirektor ausdrücklich begrüße. Die 193 Mitglieder zählende Generalversammlung der Vereinten Nationen nahm die von Israel und Deutschland verfasste Resolution ohne Abstimmung an. Mit dem Beschluss einigte sich die UNO auch auf eine klare Definition der Leugnung des Holocausts. Diese Resolution bringt Klarheit in einer Zeit, in der Antisemitismus erstarkt, Verschwörungstheorien Hochkonjunktur erleben und der Demokratie mit zunehmender Skepsis bis hin zu Feindlichkeit begegnet wird. Gegen das Leugnen des Holocaust helfen Beweise dafür. Das leisten einerseits die Zeitzeugen mit ihren Biografien und gleichzeitig auch die Opferorte mit ihrer Historie. KZ-Gedenkstätten und Friedhöfe sind Zeugen der Wahrheit. Mit dem Schwinden der Zeitzeugen werden sie immer wichtiger. Aus diesem Grund ist es unsere Pflicht, sie zu bewahren und - baulich und inhaltlich - noch stärker in ihre Zukunft zu investieren. Nur so können wir sie für die Besucher zugänglich und erfahrbar halten. Besonders wichtig ist es uns, dass besonders viele junge Menschen sie besuchen und dort eine nachhaltige pädagogische Begleitung erfahren!

„Nürnberg ist der Geburtsort des Buntstifts!“

Barbara Regitz
MdL Nürnberg-Nord
[Website](#)



IN DER HEIMAT DES BLEISTIFTS

In der Reihe meiner Besuche bei heimischen Wirtschaftsunternehmen habe ich bei der STAEDTLER Mars GmbH & Co. KG vorbeigeschaut. Das Traditionsunternehmen produziert u.a. Bleistifte, Buntstifte, Fineliner, Filzstifte und Modellierprodukte. Im Städtedreieck Nürnberg-Fürth-Erlangen bietet STAEDTLER nicht nur eine breite Produktpalette, sondern auch verschiedene Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten. Geschäftsführer Axel Marx erklärte mir, dass die Wurzeln des europaweit größten Herstellers von Blei- und Buntstiften zurück bis 1662 reichen. Da wurde Friedrich Staedtler erstmalig als „Bleiweißstiftmacher“ urkundlich erwähnt. 1835 gründete sein Nachfahre Johann Sebastian Staedtler in Nürnberg eine Bleistiftfabrik. Er gilt als Erfinder des Buntstifts. Nürnberg ist der Geburtsort des Buntstifts! Die Exportquote von STAEDTLER liegt bei 85Prozent. Das Unternehmen ist auf allen Kontinenten in rund 150 Ländern mit Produkten vertreten und in 26 Ländern mit verbundenen Unternehmen präsent. Der BleistiftHersteller beschäftigt mehr als 2.300 Mitarbeiter, davon ca. 1.200 in Deutschland. Das Unternehmen stellt jedes Jahr rund 15 Auszubildende im dualen System ein. Ausbildungsplätze werden für Elektroniker, Mechatroniker, Kaufleute und Köche angeboten. Eine Herausforderung, speziell der Schreibstiftindustrie, stellt die Digitalisierung dar. Als ehemalige Lehrerin weiß ich: Das Analoge kann nicht ersetzt werden, denn für die Haptik und Motorik ist der Griff zu Papier und Stift nach wie vor das Natürlichste, um Gedanken aufzuzeichnen und sichtbar zu machen.



"Es muss sich zeigen, wo der Weg in der Zukunft hinführt: Wasserstoff, Batterie, Brennstoffzelle oder eine Hybridlösung."

Jochen Kohler
MdL Nürnberg-West

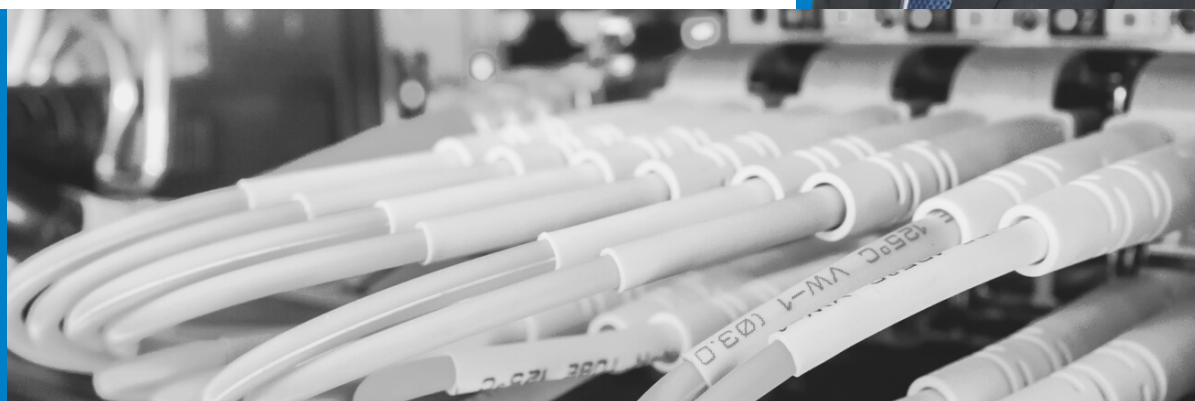
[Website](#)

ALTERNATIVE ANTRIEBE: BAYERN GANZ WEIT VORNE

Bei einem Ortstermin im MAN Werk Nürnberg wurde deutlich, über welche herausragende Kompetenz die Firma im Bereich Wasserstoff und Elektromobilität verfügt. Im Rahmen des Projekts Bayernflotte wird hier am emissionsfreien LKW-Antrieb der Zukunft gearbeitet. Der auf dem Werksgelände geschaffene „Hydrogen Campus“ bildet die Grundlage für Produktion, Entwicklung und Forschung, indem eine Entwicklungskooperation zwischen MAN, der TH Nürnberg und der FAU errichtet wurde. Diese Symbiose sorgt für zahlreiche Synergieeffekte, um dem Ziel des klimaneutralen Antriebs im Bereich des Schwerlastverkehrs schnell näher zu kommen. Hierbei geht es nicht nur um Wasserstoff, sondern es ist eine Plattform, die sich auch mit der Entwicklung von Elektro-Lastwagen und Brennstoffzellen-Lastwagen befasst. Im Rahmen der Vorstellung des E-Lastwagens wurde dem Projekt ein Förderbescheid in Höhe von 8,5 Millionen Euro übergeben. „MAN ist für Bayern ein Industrie- und Technologie-Partner von ganz besonderer Bedeutung“, sagte der Bayerische Ministerpräsident Markus Söder bei der Übergabe. Mit dem Kompetenzzentrum Wasserstoff auf dem ehemaligen AEG-Gelände und der Firma MAN, die in ihrem „Hydrogen Campus“ viele - auch kleinere - Interessensgruppen kombiniert, zeigt Bayern, dass es im Bereich der alternativen Antriebe und der alternativen Energieversorgung eine Vorreiterposition in Deutschland einnimmt.



„Die Kommunen im Landkreis Fürth haben Spitzenfördermöglichkeiten bei der Breitband- und Gigabitförderung!“



Hans Herold
MdL Fürth-Land

[Website](#)



ERFOLG: FÖRDERUNG DES BREITBAND-AUSBAUS

Die Pandemie hat deutlich gezeigt, wie wichtig eine flächendeckende und leistungsfähige digitale Infrastruktur ist. Die bayerische Breitbandförderung soll sicherstellen, dass der Ausbau der Netze, insbesondere im ländlichen Raum, schnell voranschreitet. Die Fördersätze betragen in der Regel zwischen 80% und 90%. Seit Ende 2013 konnte die Versorgung mit schnellem Internet (mind. 30 Mbit/s) im ländlichen Raum um 66 Prozentpunkte gesteigert werden. Mit der bayerischen Breitbandförderung werden die Kommunen seit 2014 gezielt dort unterstützt, wo private Telekommunikationsunternehmen aus wirtschaftlichen Erwägungen nicht investieren. Die Verfahren der bisherigen Breitbandrichtlinie, die von 2014 bis 2020 galt, sind fast vollständig fertiggestellt. Im Landkreis Fürth haben neun Gemeinden mindestens einmal am Verfahren teilgenommen. An die Breitbandrichtlinie schloss die Bayerische Gigabitrichtlinie an, die im März 2020 in Kraft getreten ist. Mit dieser ist der Freistaat europaweit Vorreiter und kann als erste Region auch dort fördern, wo bereits eine Versorgung mit mind. 30 Mbit/s besteht. Im Landkreis Fürth nimmt der Markt Roßtal bereits am Verfahren teil. Der Freistaat bietet außerdem seinen Kommunen eine im August 2021 nochmals verbesserte Kofinanzierung der Nutzung der Bundesförderung. Die Breitbandförderung des Bundes, die im April 2021 mit dem „Graue-Flecken“-Programm neu aufgelegt wurde, wurde laut Breitbandatlas bisher bei 7 Projekten im Landkreis Fürth in Anspruch genommen. Die Fördersätze des Bundes werden unbürokratisch auf bayerisches Niveau angehoben.



„Ein tolles Signal - Ich freue mich sehr, dass zahlreiche Initiativen zusätzlich unterstützt werden konnten.“

60 MIO. FÜR BESONDERE AKZENTE & PROJEKTE

Die Regierungsfractionen von CSU und FREIEN WÄHLERN haben im Haushalt 2022 60 Mio. Euro vorgesehen, um eigene finanzpolitische Akzente zu setzen und den Regierungsentwurf abzurunden. Ich freue mich sehr, dass damit viele wichtige Projekte unterstützt und vorangebracht werden können. Neben zahllosen anderen Projekten erhält der Katastrophenschutz für Satellitenkommunikationsmittel 1 Mio. Euro, um bestmöglich gegen Starkregenereignisse und sonstige Naturkatastrophen gewappnet zu sein. Die Schulbibliotheken in Bayern werden mit 100.000 Euro unterstützt, um Lernmaterialien zum interreligiösen Dialog anzuschaffen. Für die Etablierung von Filmen zu besonders wichtigen Justizthemen, wie z.B. zur Vorsorgevollmacht, werden 150.000 Euro bereitgestellt, für digitale Bildungsmedien 500.000 Euro, die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit erhält für die Verstärkung von Themen im „Jahr der Jugend“ 200.000 Euro, für die Stärkung des Ehrenamts vor Ort fließen 200.000 Euro, die Mehrgenerationenhäuser können sich über 100.000 Euro freuen und zur Gewaltprävention gibt es für sog. Second-Stage-Projekte, für Frauenhäuser und zur Aufklärung im Bereich Zwangsprostitution 650.000 Euro. Für die Stärkung des Programms „PflegeSoNah“ können 1,6 Mio. Euro verbucht werden. Besonders erfreulich ist auch, dass ich zusammen mit meinem Kollegen Brannekämper für das Forschungsprojekt der FAU „Digital Power Net“, 600.000 Euro auf den Weg bringen konnte, um die Forschung zum kontaktlosen Laden von Elektroautos zu unterstützen.

Petra Guttenberger
MdL Fürth
[Website](#)

